

# Ortsvorsteher: FDP-Fraktion bietet einen Kompromiss an

**Herzebrock-Clarholz (das). Der Haupt- und Finanzausschuss unterbreitet dem Rat (Mittwoch, 10. Februar) keinen Beschlussvorschlag zum Bürgerbegehren zur Wiedereinführung der Ortschaften. Doch die FDP nutzte die Sitzung, um Stellung zu beziehen. Die Liberalen wollen „eine gewisse Beweglichkeit“ zeigen, wie der Fraktionschef Hendrik Menzefricke-Koitz betonte.**

Wie die aussieht, erläuterte er jetzt im Hauptausschuss. Dort hatte auch Manfred Nöger als Vertretungsberechtigter der Bürgerinitiative Gelegenheit, noch einmal auf das Bürgerbegehren gegen die Abschaffung der Ortsteile einzugehen. „Was wir hier machen, ist ein demokratischer Prozess“, hob Nöger hervor.

Hendrik Menzefricke-Koitz (Bild) verwies auf einen Kompromissvorschlag, den die Liberalen auch im Ältestenrat unterbreitet

haben. Der sieht vor, die „Personale Ortsvorsteher raus aus der Politik zu nehmen und in die Vereine hineinzutragen“. Nach Auffassung der FDP ist das Kriterium der Parteizugehörigkeit für einen Ortsvorsteher nicht ausschlaggebend. Vielmehr müsse überlegt werden, dieses Amt zu stärken.

„Ein Ortsvorsteher braucht starke Präsenz und hohe Bekanntheit“, führte der FDP-Ratschherr aus. Er vertrat die Auffassung, dass die Clarholzer mit der Vielzahl der Unterschriften zum Ausdruck gebracht hätten, dass sie sich nicht genug repräsentiert fühlten. „Das kann man sachlich nachvollziehen.“ Seitens der FDP habe man nicht weggesehen, sondern genau hingeschaut. Hendrik



Menzefricke-Koitz betonte die Gratwanderung für die Partei zwischen Glaubwürdigkeit – die FDP hatte die Abschaffung der Ortsvorsteher bereits im Wahlprogramm proklamiert – und einer gewissen Beweglichkeit.

Für Menzefricke-Koitz könnten die Herzebrock-Clarholzer Ortsvorsteher mehr in Richtung Ortsheimatpfleger wie in Harsewinkel tendieren. Die FDP könne sich mit einem solchen Kompromiss vor Augen vorstellen, sich bei der Abstimmung im Rat zu enthalten. Dann würde die CDU mehrheitlich dafür stimmen können. „Wenn die CDU sagt, wir gehen nicht mit, dann werden wir auf den 9. Mai hinarbeiten“, wies Menzefricke-Koitz auf den möglichen Tag des Bürgerentscheids hin. Falls die Ortsvorsteher in modifizierter Form wiederkommen, hält er drei stellvertretende Bürgermeister für zu viel, deutete er in einem Nebensatz an.